

# Zusammenfassung

## Feststellungen und Empfehlungen

### der Expertenkommission Baden-Württemberg 2015

Die Expertenkommission wurde 2014 ins Leben gerufen nach dem Tod eines „**psychisch auffälligen Gefangenen**“, der in der JVA Bruchsal verhungert ist. Dies war der Auslöser nach entsprechendem politischen Druck, sich mit dieser Gefangenengruppe intensiv auseinanderzusetzen.

#### Mitglieder der Expertenkommission

**Justizminister Rainer Stichelberger MdL hat folgende Mitglieder in die Expertenkommission berufen:**

Richter am Oberlandesgericht Klaus Michael **Böhm**,  
Behandlungsinitiative Opferschutz e.V., Karlsruhe  
Medizinaldirektor Dr. Dirk **Bruder**,  
Sozialtherapeutische Abteilung der JVA Offenburg (ab 1. März 2015)  
Prof. Dr. Manuela **Dudeck**,  
Universität Ulm/Bezirkskrankenhaus Günzburg  
MdL Jürgen **Filius**, Strafvollzugsbeauftragter,  
Fraktion Die GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg  
Ärztlicher Direktor Dr. Kaweh **Tabakhtory-Fard**,  
Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg (bis 28. Februar 2015)

Leitender Regierungsdirektor Hubert **Fluhr**,  
JVA Heimsheim  
Chefarzt Dr. Udo **Frank**,  
Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg (Krankenhaus Weissenau)  
Amtsinspektor Thomas **Friedl**,  
JVA Bruchsal (ver.di)  
Dr. med. Dipl.-Psychologin Dorothee **Klecha**,  
Leiterin des Forensisch-Psychologischen Dienstes der Universität Bern/CH  
MdL Ernst **Kopp**, Strafvollzugsbeauftragter,  
SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg  
Regierungsamtmann Georg **Konrath**,  
Vorsitzender des Hauptpersonalrats  
Medizinalreferentin Dr. Karin **Meissner**,  
Justizministerium Baden-Württemberg  
Amtsinspektor Alexander **Schmid**,  
Landesvorsitzender im BSBD  
Obermedizinalrat Andreas **Teichmann**,  
JVA Freiburg  
Ministerialrat Dr. Thilo **Walker**,  
Sozialministerium Baden-Württemberg  
Ministerialrat Prof. Dr. Rüdiger **Wulf** (Leitung),  
Justizministerium Baden-Württemberg  
MdL Karl **Zimmermann**, Strafvollzugsbeauftragter,

CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

An einzelnen Sitzungen nahm Herr Justizminister Rainer **Stickelberger** MdL teil. Ministerialdirektorin Inken **Gallner** und Ministerialdirigent Martin **Finckh** begleiteten die Sitzungen durchgängig.

Oberamtsrätin Barbara **Reber**, Justizministerium Baden-Württemberg, oblag die Geschäftsführung der Kommission.

**In der Expertengruppe waren somit Juristen, Ärzte, Politiker, Interessensvertreter der Bediensteten im Vollzug und Gewerkschafter neben einem Vertreter des Sozialministeriums vertreten.**

### Definition des Begriffs

## **„Psychisch auffälliger Gefangener“**

### Definition der Expertenkommission

**Als psychisch auffällig ist ein Gefangener zu beschreiben, der sich im Verhalten oder Zustand in negativer Weise deutlich von anderen Gefangenen unterscheidet.**

**Die Definition beschreibt das Hervortreten eines Menschen aus einer Referenzgruppe durch Merkmale, die auf seelische bzw. geistige Funktion zurückzuführen sind.**

- Vorteile dieser Definition sind die Unabhängigkeit von möglichen Ursachen, deren Folgen und dem Ausprägungsgrad.
- Des Weiteren werden damit individuelle und anstaltsspezifische Unterschiede in der Wahrnehmung entsprechender Verhaltensweisen weitgehend umgangen.
- Der Begriff „psychisch auffällig“ beinhaltet keine Wertung oder Aussagen zum Ausmaß oder dem Grad einer Funktionseinschränkung noch zu den möglichen ursächlichen psychiatrischen oder anderweitigen Erkrankungen.
- Innerhalb dieser Definition ist die Zielgruppe für weitere Maßnahmen in erster Linie Personen mit einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung.

- Fasst man den Auftrag der Kommission weiter, sind auch Personen gemeint, von denen nach der Entlassung eine Gefährdung für andere anzunehmen ist (Auftrag der Sozialtherapie).
- Beide Zielgruppen erfordern geeignete diagnostische und therapeutische Maßnahmen während des Strafvollzuges, bei der Entlassvorbereitung und nach der Entlassung.

Die empfohlenen Maßnahmen zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen lassen sich grob in drei Teilbereiche aufteilen:

1. **Gefangenenbezogene Maßnahmen**
2. **Mitarbeiterbezogene Maßnahmen**
3. **Maßnahmen für die Institution Justizvollzug**

## 1. **Gefangenenbezogene Maßnahmen**

### **JVKH**

Die Unterbringung im Justizvollzugskrankenhaus ist psychisch schwer gestörten und psychisch kranken Gefangenen vorbehalten, die außerhalb des Justizvollzuges nicht untergebracht werden können. Hierbei wird die Wichtigkeit an ein gut ausgestattetes Justizvollzugskrankenhaus mit einem Schwerpunkt in der Behandlung psychisch gestörter oder kranker Gefangener nochmals und mit Nachdruck betont.

### **Sozialtherapeutische Anstalten und Abteilungen**

Hier ist die Identifikation, Zuweisung und Diagnostik von teils psychisch hoch auffälligen und rückfallgefährdeten Sexual- und Gewaltstraftätern zu nennen, um sie einer adäquaten Behandlungsmaßnahme zuzuführen oder sie für diese zu motivieren.

### **Behandlungsabteilungen im Regelvollzug**

Besondere Behandlungsabteilungen im Regelvollzug sollen die notwendige Unterbringung im Justizvollzugskrankenhaus oder in sozialtherapeutischen Einrichtungen nicht

ersetzen, sondern im Regelvollzug bessere Haftbedingungen für psychisch auffällige Gefangene schaffen. Dies ist auch für zurückverlegte Gefangene aus dem Justizvollzugskrankenhaus oder aus sozialtherapeutischen Einrichtungen hilfreich.

### **Arbeitstherapeutische Maßnahmen**

Des Weiteren wird die gute arbeitstherapeutisch ausgerichtete Beschäftigungsmöglichkeit für psychisch auffällige Gefangene zur Strukturierung des Tagesablaufes und für die berufliche Rehabilitation betont.

### **Jugendstrafvollzug**

Im Jugendstrafvollzug sollen heranwachsende Gefangene wegen psychischer Auffälligkeit nicht aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen werden.

### **Suizidprävention**

In Anbetracht von 50 % Suiziden an allen Todesfällen im Vollzug, Suizidversuchen und einer erhöhten Suizidalität bei Gefangenen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kommt der Suizidprävention eine wichtige Aufgabe zu.

### **Zwangsmaßnahmen**

Nach Meinung der Expertenkommission sind Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge nur aufgrund klarer gesetzlicher Grundlagen möglich und sollten nur in einem Justizvollzugskrankenhaus oder in einem externen Krankenhaus zulässig sein.

### **Suchttherapie**

Süchtige und suchtgefährdete Gefangene brauchen einen raschen Zugang zu einer kompetenten Suchtberatung und Vermittlung in externe Suchttherapieeinrichtungen.

### **Substitution**

Substitution zur Entgiftung, zur Überbrückung einer langen Haftzeit und zur Vorbereitung der Entlassung ist zu gewährleisten. Von den allgemeinen Standards der Substitution darf im Justizvollzug nur abgewichen werden, soweit dies aufgrund der Besonderheiten der JVA geboten ist.

## **2. Mitarbeiterbezogenen Maßnahmen**

### **Arbeitsbedingungen und Vergütung**

Unverzichtbar sind angemessene Arbeitsbedingungen für die Bediensteten, dabei müssen Arbeitsbelastung der Bediensteten, Vergütung sowie Wertschätzung durch die Öffentlichkeit in den Blick genommen werden.

### **Personalausstattung**

Für den angemessenen Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ist eine ausreichende Personalausstattung geboten. Das Justizvollzugskrankenhaus, die sozialtherapeutischen Schwerpunkteinrichtungen, die Sicherungsverwahrung sowie die Krankenabteilungen der einzelnen Vollzugseinrichtungen erfordern eine Personalausstattung, die den Verhältnissen im Maßregelvollzug bzw. in Krankenhäusern entspricht.

### **Berufsethik**

Der Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ist bei den Mitarbeitern im Rahmen einer vollzuglichen Berufsethik zu thematisieren, z.B. durch Ethikunterricht in der Justizvollzugsschule, Fortbildungsveranstaltungen oder Ethikkomitees in den einzelnen Vollzugsanstalten

### **Supervision**

Der Ausbau von Supervision sollte forciert werden.

### **Externe Kräfte**

Mit dem angemessenen Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen sind die hauptamtlichen Mitarbeiter im Justizvollzug allein überfordert. Sie brauchen externe Unterstützung und Entlastung durch Ambulanzen und Therapeuten, Bewährungs- und Straffälligenhilfe und ehrenamtliches Engagement.

### **Interdisziplinäre Therapie und Diagnostik**

Beim Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ist eine innerdisziplinäre Diagnostik und Therapie geboten. An ihr sollten Fachkräfte aus der Psychiatrie, Psychotherapie, Psychologie und Sozialarbeit beteiligt sein.

### **3. Maßnahmen für die Institution Justizvollzug**

#### **Kontroll- und Präventionsmechanismen**

Der Justizvollzug, vor allem der Vollzug langer, zeitiger oder lebenslanger Freiheitsstrafen und in der Sicherungsverwahrung, verfügt über erhebliche Macht über psychisch auffällige Gefangene und erfordert daher einen umfassenden und differenzierten Kontroll- und Präventionsmechanismus.

#### **Aufsicht über den Justizvollzug**

Zur Verhinderung und zur Aufarbeitung von unangemessenem Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen ist eine qualifizierte Aufsicht über die JVAen zu gewährleisten.

#### **Personalausstattung der Aufsichtsbehörde für Nachschauen**

Die Personalausstattung in der Aufsichtsbehörde muss so bemessen sein, dass mindestens einmal im Jahr eine ausführliche Nachschau in jeder JVA durchgeführt wird, in JVAen mit besonders vielen psychisch auffälligen Gefangenen auch öfter. Nachschauen aus besonderem Anlass und mit spezieller Thematik bleiben davon unberührt.

#### **Wahrung von Grund- und Menschenrechten**

Beim Nachschauen ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob die Grund- und Menschenrechte psychisch auffälliger Gefangener gewahrt werden, insbesondere von Gefangenen, die sich selbst isolieren, nicht mehr an Gemeinschaftsveranstaltungen oder am Hofgang teilnehmen oder die im Rahmen von Disziplinar- oder besonderen Sicherungsmaßnahmen von anderen Gefangenen abgesondert werden.

## Die 42 Empfehlungen der Expertenkommission im Einzelnen:

### Medizinischer Dienst 1 bis 7

#### Empfehlung 1

##### **Zweite Arztstelle in großen JVAen**

Den sieben großen JVAen Bruchsal, Freiburg, Heimsheim, Offenburg, Ravensburg, Rottenburg und Schwäbisch Hall wird jeweils eine nach BesGr. A 15 besoldete Neustelle für Anstaltsärzte zugewiesen.

#### Empfehlung 2

##### **Verstärkung psychiatrischer Konsiliar- und Vertragsärzte**

Dem Justizhaushalt werden Mittel in Höhe von 400.000 € pro Jahr für den verstärkten Einsatz von externen Fachärzten für Psychiatrie und Psychotherapie als Konsiliar- und Vertragsärzte zugewiesen.

#### Empfehlung 3

##### **Hebung von Arztstellen mit besonderer Verantwortung**

Drei Arztstellen mit besonderer Verantwortung werden von BesGr. A 15 nach BesGr. A 16 gehoben.

#### Empfehlung 4

##### **Einstufung der Fachärzte im JVKH**

Acht Stellen für Fachärzte im JVKH werden von BesGr. A 14 nach BesGr. A 15 (Medizinaldirektor/Medizinaldirektorin) und vier Stellen der Entgeltgruppe E 14 nach E 15 (Facharzt) gehoben.

## **Empfehlung 5**

### **Neustellen für Ärzte im JVKH**

Zur Sicherung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes werden im JVKH vier zusätzliche Arztstellen nach BesGr. A 15 ausgebracht.

## **Empfehlung 6**

### **Vergütung des Ärztlichen Direktors im JVKH**

Für die Stelle des Ärztlichen Direktors im JVKH werden - in Anlehnung an die üblichen chefärztlichen Vergütungsvereinbarungen in vergleichbaren Kliniken - angemessene Finanzmittel für eine außertarifliche Vergütung bereitgestellt.

## **Empfehlung 7**

### **Facharztneustelle in der STA**

Der Sozialtherapeutischen Anstalt Baden-Württemberg wird eine Stelle für einen hauptamtlichen Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie nach BesGr. A 15 zugewiesen.

## **Sanitätsdienst 8 bis 11**

## **Empfehlung 8**

### **Stellenhebungen**

Im Sanitätsdienst werden folgende Stellenhebungen vorgenommen:

- a) 10 Stellenhebungen für Leiter/Leiterinnen großer Krankenabteilungen von BesGr. A 9 mit Zulage nach A 10;
- b) 10 Stellenhebungen für stellvertretende Leiter/Leiterinnen großer Krankenabteilungen von BesGr. A 9 nach A 9 mit Zulage;
- c) 20 Stellenhebungen für Krankenpfleger/innen von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9.



## **Empfehlung 9**

### **Neustellen für Fachpflegerinnen/Fachpfleger für Psychiatrie**

Im Justizhaushalt werden 13 Neustellen für Fachpfleger/innen für Psychiatrie nach BesGr. A 9 mit Zulage ausgebracht.

## **Empfehlung 10**

### **Stellenhebungen für Fachpflegerinnen/Fachpfleger für Psychiatrie**

Im Justizhaushalt werden 15 Stellen für Fachpfleger/innen für Psychiatrie von BesGr. A 9 nach BesGr. A 9 mit Zulage gehoben und den großen Krankenabteilungen im Regelvollzug (jeweils eine Stelle) bzw. dem Justizvollzugskrankenhaus (5 Stellen) zugewiesen.

## **Empfehlung 11**

### **Erhöhung der Zulage für Einsatz im Sanitätsdienst**

Die Stellenzulage für Beamte des Justizvollzugsdienstes, die zusätzlich eine pflegerische Ausbildung haben und überwiegend im Sanitätsdienst eingesetzt werden, wird von derzeit 39,95 € auf monatlich 79,90 € erhöht.

## **Psychologischer Dienst**

## **Empfehlung 12**

### **Psychologischer Dienst (Neustellen)**

Im Justizhaushalt werden acht nach BesGr. A 14 besoldete Neustellen im Psychologischen Dienst für die Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen ausgebracht und den JVA-en Bruchsal, Freiburg, Heimsheim, Offenburg, Ravensburg, Rottenburg, Schwäbisch Hall und dem JVKH zugewiesen.

## **Sozialdienst**

### **Empfehlung 13**

#### **Sozialdienst (Neustellen)**

Im Justizhaushalt werden acht Neustellen nach BesGr. A 12 für Sozialarbeiter/ Sozialarbeiterinnen für die Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen ausgebracht und den JVA-en Bruchsal, Freiburg, Heimsheim, Offenburg, Ravensburg, Rottenburg, Schwäbisch Hall und dem JVKH zugewiesen.

## **Werkdienst 14 und 15**

### **Empfehlung 14**

#### **Werkdienst (Neustellen)**

Im Justizhaushalt werden zehn Neustellen für Oberwerkmeister/Oberwerkmeisterinnen in der Laufbahn des Werkdienstes, besoldet nach BesGr. A 9, für die Ergotherapie mit psychisch auffälligen Gefangenen ausgebracht.

### **Empfehlung 15**

#### **Stellenzulage**

Beamte des Werkdienstes, die überwiegend Aufgaben im Rahmen der Beschäftigung von Gefangenen wahrnehmen, erhalten eine Stellenzulage in Höhe von 79,90 €.

## **Justizvollzugsdienst 16 bis 18**

### **Empfehlung 16**

#### **Neustellen**

Im Justizhaushalt werden 140,5 Neustellen für Obersekretäre/Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst, besoldet nach BesGr. A 7, für die Behandlung und Betreuung von psychisch auffälligen Gefangenen, auch im Sanitätsdienst, ausgebracht.

## **Empfehlung 17**

### **Stellenhebungen**

Im Justizvollzugsdienst werden 240 Stellen von BesGr. A 7 nach A 8, 60 Stellen von BesGr. A 8 nach A 9 und 30 Stellen von BesGr. A 9 nach BesGr. A 9 mit Zulage gehoben.

## **Empfehlung 18**

### **Personelle Verstärkung der Sicherungsverwahrung**

Der Abteilung für Sicherungsverwahrung der JVA Freiburg werden zusätzlich acht Neustellen für Obersekretäre/Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst in der BesGr. A 7 zugewiesen.

### **Gerichte (Neustellen für Justizwachtmeister)**

## **Empfehlung 19**

Im Justizhaushalt werden 20 Neustellen für Erste Justizhauptwachtmeister/innen im mittleren Justizwachtmeisterdienst, besoldet nach BesGr. A 6 mit Zulage, ausgebracht.

### **Zwangmaßnahmen im Gesundheitswesen**

#### **Neuregelung**

## **Empfehlung 20**

### **Empfehlungen im fachlichen Bereich des Justizvollzugs**

Eine eigenständige, den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechende vollzugsrechtliche Eingriffsbefugnis für Zwangsmaßnahmen im JVKH auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge in Anlehnung an § 25 HStVollzG wird in das JVollzGB für die Untersuchungshaft, den Erwachsenenstrafvollzug und den Jugendstrafvollzug eingestellt.

## **Berichtspflicht**

### **Empfehlung 21**

Zwangsmedikation und Zwangsernährung sind dem Justizministerium zu berichten.

## **Eildienst für psychiatrische Untersuchungen**

### **Empfehlung 22**

Das JVKH richtet einen landesweit zuständigen Eildienst für psychiatrische Untersuchungen ein.

## **Aufsicht und Steuerung 23 bis 29**

### **Empfehlung 23**

#### **Verstärkung der Aufsicht**

Die Abteilung Justizvollzug des Justizministeriums wird um eine Stelle im höheren Dienst (BesGr. A 15) zur Intensivierung der Nachsichten im Justizvollzug verstärkt.

### **Empfehlung 24**

#### **Standardisierung der Nachschauberichte**

Die Nachschauberichte der Territorialreferenten im JuM werden standardisiert und sollen besonders berücksichtigen, ob die Grund- und Menschenrechte der Gefangenen geachtet werden.

### **Empfehlung 25**

#### **Psychologische Fachkraft in der Aufsichtsbehörde**

In Abteilung IV des Justizministeriums Baden-Württemberg wird eine halbe Neustelle im Psychologischen Dienst eingerichtet. Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin berät die Aufsichtsbehörde sowie den Justizvollzug in Fachfragen und führt die Aufsicht über den Psychologischen Dienst im Justizvollzug.

## **Empfehlung 26**

### **Intensivierung medizinischer Nachsichten**

Dem Justizhaushalt werden jährlich zusätzlich 40.000 € Haushaltsmittel zugewiesen, damit in den JVAen des Landes mindestens einmal im Jahr eine medizinische Nachschau durchgeführt werden kann.

## **Empfehlung 27**

### **Dokumentation psychischer Auffälligkeiten**

Psychische Auffälligkeiten im Vollzug werden im Informationssystem Vollzug eingehend nach wissenschaftlich anerkannten, operationalisierten und vollzugspraktisch bzw. vollzugspolitisch relevanten Kriterien dokumentiert.

## **Empfehlung 28**

### **Messung der Lebensqualität im Gefängnis**

Die Qualität des Lebens im Justizvollzug wird mit dem Instrument „Measurement of Quality in Prison Life, MQPL“ fortlaufend gemessen. Der Kriminologische Dienst in der Justizvollzugsschule Baden-Württemberg soll diese Leistung ausschreiben und an ein wissenschaftliches Institut vergeben.

## **Empfehlung 29**

### **Flexible Beurteilung der Vollzugstauglichkeit**

Die Staatsanwaltschaften prüfen die Vollzugstauglichkeit psychisch auffälliger Gefangener mit einem flexiblen Prüfungsmaßstab.

## **Behandlung**

### **Empfehlung 30**

#### **Ausbau und Steuerung von Behandlung**

Behandlungs- und Betreuungsangebote für psychisch auffällige Gefangene in den JVAen des Regelvollzugs sind auszubauen, zu standardisieren und zu operationalisieren. Darüber hinaus sind geeignete Formen der Steuerung zu entwickeln.

## **Suizidprophylaxe**

### **Empfehlung 31**

#### **Beauftragte(r) für Suizidprophylaxe**

Dem Kriminologischen Dienst bei der Justizvollzugsschule Baden-Württemberg wird eine halbe Stelle im Psychologischen Dienst (BesGr. A 14) für die Bestellung eines/einer Beauftragten für Suizidprophylaxe in den JVAen zugewiesen.

## **Forensische Ambulanzen**

### **Empfehlung 32**

Die VwV Forensische Ambulanzen wird um „entlassene Strafgefangene mit Reststrafenaussetzung und um Verurteilte mit Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung“ erweitert. Dafür werden 500.000 € im Jahr zusätzlich im Justizhaushalt bereitgestellt.

## **Sucht 33 und 34**

### **Empfehlung 33**

#### **Externe Suchtberatung**

Das System der aufsuchenden Suchtberatung in den JVAen durch die anerkannten externen Beratungs- und Behandlungsstellen hat sich bewährt. Bei den Zuschüssen aus dem Justizhaushalt ist die Deckungslücke in Höhe von derzeit ca. 400.000 € zeitnah zu schließen. Eine Umstellung von Zuschüssen auf pauschalisierte Leistungsentgelte ist zu prüfen.

## **Empfehlung 34**

### **Therapieeinrichtung für süchtige Gefangene**

Die Einrichtung einer niedrighschwelligen Therapieeinrichtung für suchtgefährdete Gefangene in einer Außenstelle des offenen Vollzugs wird geprüft.

## **Ältere Gefangene**

### **Empfehlung 35**

Die Sonderzuständigkeit der Außenstelle Singen der JVA Konstanz für ältere Gefangene hat sich bewährt. Die Zahl der Haftplätze für ältere Gefangene sollte insgesamt erhöht und die Situation der älteren Gefangenen im Justizvollzug verbessert werden.

## **Kapazitätsvergrößerung des JVKH**

### **Empfehlung 36**

#### **Haftplätze im geplanten Justizvollzugskrankenhaus**

Die Zahl der Haftplätze für psychisch gestörte und kranke Gefangene in einem neuen JVKH soll deutlich erhöht und nach objektiven Kriterien bedarfsgerecht bemessen sein.

## **Qualifizierung und Weiterbildung 37 bis 39**

### **Empfehlung 37**

#### **Weiterbildung zur Fachpflege für Psychiatrie**

Für die Weiterbildung von Bediensteten zu Fachpfleger/innen für Psychiatrie werden dem Justizhaushalt für Vertretungen Mittel in Höhe von 120.000 € im Jahr zugewiesen.

### **Empfehlung 38**

#### **Approbation „Psychologische Psychotherapie“**

Dem Justizhaushalt werden 120.000 € im Jahr zusätzlich zugewiesen, um Mitarbeitenden im Psychologischen Dienst im Wege der berufsbegleitenden Weiterbildung die Approbation zu anerkannten psychologischen Psychotherapeuten zu ermöglichen.

## **Empfehlung 39**

### **Fortbildungsprogramm**

Das landesweite Fortbildungsprogramm „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ ist empfehlenswert und wird in regelmäßigen Abständen mit einem Kostenaufwand von 50.000 € pro Durchlauf wiederholt.

## **Supervision**

### **Empfehlung 40**

Dem Justizhaushalt werden 50.000 € im Jahr zusätzlich für den Ausbau der Supervision von Mitarbeitenden im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen zugewiesen.

## **Ethikkomitees**

### **Empfehlung 41**

In einer JVA des Landes Baden-Württemberg wird modellhaft ein Ethikkomitee gebildet und aufgrund dieser Erfahrungen geprüft, ob Ethikkomitees auch in anderen JVAen eingerichtet werden.

## **Abschließende Empfehlung**

### **Empfehlung 42**

Das JuM setzt eine Arbeitsgruppe ein, in der Vorschläge zur baulichen, technischen, organisatorischen, konzeptionellen und personellen Ausstattung des Gesundheitswesens im baden-württembergischen Justizvollzug erarbeitet werden.

Dr.med.Dirk Bruder  
Sozialtherapeutische Abteilung der JVA Offenburg